



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24881 - 83  
Fernschreiber 08:6890

S/XIII/27 - 1. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Auch Amerika erobert den Weltraum Konkurrenz für die Sputniks	49
2 - 3	Nach Ankara - was nun? Zur Konferenz der Bagdad-Staaten	80
4 - 5	Minister Stückelons Pläne Offene Worte des Postministers	64
6 - 7	Das Düsseldorfener Beispiel Ministerpräsident Steinhoff verliert Preise an junge Künstler	43
7	Antwort an "Gazette de Louzorne" Eine blindwichtige Gazette	33

\* \* \* \* \*

### Auch Amerika erobert den Weltraum

sp- Genau 17 Wochen nach dem Start des ersten Sputnik ist es den Amerikanern gelungen, ebenfalls einen künstlichen Erdtrabanten in das Weltall zu jagen. Mit ungeheurer Erleichterung vernahm die amerikanische Nation diese Kunde, schliesst sie doch einen Abschnitt der amerikanischen Zeitgeschichte ab, die durch ein schwer angeschlagenes Selbstbewusstsein gekennzeichnet war. Als die Russen dann ihren zweiten noch schwereren Sputnik in den Himmelsraum schickten, brach für viele Amerikaner eine ganze Welt zusammen, etwas für sie Unfassbares war geschehen: Ein Vorsprung der Sowjet-Union auf einigen technischen Gebieten, in denen sich die Vereinigten Staaten als Meister wähten. Technische Errungenschaften bleiben auf die Dauer jedoch nicht einer Nation oder einem Lande als Monopol erhalten. Wissenschaft und Forschung kennen keine geographischen und auch keine ideologischen Grenzen. Ihr Wirkungsbereich umspannt die ganze Erde.

Niemand konnte an der Fähigkeit der Vereinigten Staaten als der mächtigsten Industrie-Nation der westlichen Hemisphäre daran zweifeln, dass sie früher oder später auch in der Lage sein werden, den russischen Vorsprung auf dem Gebiet der Eroberung des Weltalls einzuholen. Auch die Russen zweifelten nicht daran. Die Vereinigten Staaten verfügen - ebenso wie die Russen - über ein Heer von Wissenschaftlern, über mit den modernsten Errungenschaften ausgestattete Forschungsstätten und über gründlich ausgebildete Techniker. Die Schockwirkung, die Sputnik 1 und 2 bei den Amerikanern auslöste, war für viele Europäer deshalb unbegreiflich.

Mit dem gelungenen Start des ersten künstlichen amerikanischen Erdtrabanten, der nur auch sein "Tick-Tick" sendet, haben jetzt die USA mit der Sowjet-Union gleichgezogen. Nun ist auch in ihren Augen die Position der Gleichwertigkeit, die ja ernstlich niemals gefährdet schien, wieder hergestellt. Politisch kann sich das nur zum Guten auswirken, denn eine von Depression geschlagene Nation eignet sich kaum als Verhandlungspartner. Das wiedergewonnene Selbstbewusstsein dürfte nun die Führung der Vereinigten Staaten bewegen, den weltpolitischen Gesprächen mit der Sowjet-Union weniger mit Hemmungen und inneren Widerstreben entgegenzutreten, als es vor dem Abschuss des Erdtrabanten der Fall war. Auch dürfte die Versuchung weniger gross sein, durch überstürzte politische Entscheidungen, wie sie etwa in der Ausstattung aller NATO-Armeen mit atomaren Waffen zu sehen wären, die Verhandlungen nur erschwerende Tatbestände zu schaffen. Es will schon sehr viel heissen, wenn der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergie-Kommission, Strauss, der Anpötscher des amerikanischen Atom-Programms, seiner Regierung empfahl, dafür zu sorgen, dass weder die Übergabe grösserer Atomwaffenbestände in die Hände anderer Nationen noch die Erweiterung des Kreises der Atomwaffen-Hersteller erfolgt. Diese Empfehlung kann allerdings nur verwirklicht werden, wenn sich die Vereinigten Staaten, die Sowjet-Union und Grossbritannien als die derzeitigen Mitglieder des Atom-Klubs darüber verständigen, dem Wettlauf mit dem Totenkopf Einhalt zu gebieten.

Der Start des amerikanischen Sputnik, der der amerikanischen Nation wieder Kraft und Sicherheit verleiht, mag vielleicht ein psychologisches Klima schaffen, das das künftige Gespräch zwischen Moskau und Washington günstig beeinflusst. Mit der Androhung von Gewalt oder mit blossen Propaganda-Schlächten ist weder für Washington noch für Moskau etwas herauszuholen.

Nach Ankara - was nun ?  
- - - - -

H.E.D. Die Konferenz der Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes, die eine Woche lang in der türkischen Hauptstadt tagten, ist zu Ende. Das Kommuniqué, auf das sich nach längeren Sitzungen hinter verschlosseneren Türen die Aussenminister einigten, ist dürftig. Nichts von dem ist darin enthalten, was noch während der Konferenz gut informierte Kreise in London und Washington für durchaus im Bereich des Möglichen hielten: eine gewisse militärische und politische Verknüpfung des Paktes mit den übrigen westlichen Verteidigungssystemen wie NATO oder SEATO. Ebenso ist jense Ereignis ausgeblieben, auf das die mohammedanischen Mitglieder so grosse Hoffnungen gesetzt haben: der offizielle Beitritt der Vereinigten Staaten zum Bagdad-Pakt. Bis jetzt war und ist Washington nur in den einzelnen Ausschüssen vertreten.

Der ehemalige Ministerpräsident des Irak, Furi-es Saïd, dessen Einfluss durch seinen Rücktritt in keiner Weise beeinträchtigt wurde, hatte gegen Ende des vergangenen Jahres der amerikanischen und kritischen Hauptstadt geheimnisvolle Besuche abgestattet. Damals wurden die Vermutungen laut, der "Westler" Furi bemühe sich um ein stärkeres Engagement der USA in Mittleren Osten. Es ist aber kein Geheimnis - und Ankara hat es sehr deutlich gemacht - dass die USA nicht gewillt sind, etwa durch Konzessionen in der Israel-Frage die arabische Öffentlichkeit gegen den Einfluss der Sowjetunion zu immunisieren. Bis in letzter Stunde hatten Pakistan, Persien und der Irak alles daran gesetzt, Foster Dulles und seinem britischen Kollegen Selwyn Lloyd auf den UK-Teilungsbeschluss des Jahres 1947 festzulegen.

Die Gründe, warum der amerikanische Aussenminister den Drängen der pro-westlichen Mohammedaner nicht nachgab, sind vielfältig. Einmal möchte Washington sich nicht zuehr mit den Aktionen des Bagdad-Paktes liieren und sich dadurch den Weg zu einem, wenn auch zur Stunde nicht absehbaren Übereinkommen mit Ägypten versperren, zum anderen könnte das Verhältnis mit Saudi-Arabien durch eine zu offene Parteinahme für den Bagdad-Gedanken getrübt werden. Es scheint in der Absicht der USA zu liegen, mehr durch zweiseitige Abkommen die schwierigeren Verhältnisse im Nahen- und Mittleren Osten stabilisieren zu wollen als durch ein totales Engagement in die inneren Katalen der arabischen Welt verwickelt zu werden.

Die Konferenz von Ankara hat, wie nicht anders zu

erwartet war, die Auffassung bestätigt, dass das Paktsystem vor Bagdad nicht nur durch sowjetische Subversionen wie im Falle Syriens, sondern vielmehr durch die Interessengegensätze der Mitglieder selbst beträchtlich bedroht wird. Zwar spricht das Kommuniqué nur von den Aktivitäten Moskaus, gegen die es sich zur Wehr zu setzen gälte. Die Konferenz selbst aber beschäftigte sich fast ausschliesslich mit Fragen der politischen Abstimmung unter den Partnern. Drei Probleme standen zur Debatte: Israel, Zypern und Kaschmir. Während Grossbritannien und die USA einhellig der Auffassung waren, in diesen Fragen keine Stellung zu beziehen, die ihr Verhältnis zu anderen interessierten Mächten belasten könnte, wollten die mohamedanischen Faktmitglieder Türkei, Irak, Persien und Pakistan eine endgültige Bereinigung.

An einer dramatischen Begleitmusik fehlte es nicht. Die türkische Untergrundorganisation "Vulkan" auf Zypern zettelte Demonstrationen und Zusammenstösse an. Der britische Gouverneur der Insel, Sir Foot, wurde nach Ankara beordert und zu den Beratungen hinzugezogen. Der ehemalige Ministerpräsident von Kaschmir, kürzlich erst aus indischer Haft entlassen, gefiel sich in versteckten pro-pakistanischen Äusserungen. Und auch der Wechsel im israelischen Generalstab liess zumindest die Iraker aufhorschen, von der geplanten syro-ägyptischen Föderation ganz zu schweigen. Die Briten und Amerikaner aber blieben hart, und nicht einmal die aufgeregten Berichte der amerikanischen Botschafter aus den pro-westlichen arabischen Metropolen vermochten Dulles von seiner Haltung abzubringen, keine Änderung im gegenwärtigen mittelöstlichen status quo zu erstreben.

Die USA sind an normalen Beziehungen zu Indien sehr interessiert. Ein Eintreten für Pakistan in der Kaschmir-Frage wäre der beste Weg, das indische Vertrauen zu verlieren. London denkt in dieser Frage ebenso. Was Zypern betrifft, so darf das NATO-Mitglied Griechenland nicht allzu sehr bedrängt werden, denn ein schmollendes Athen könnte sehr leicht das zur Zeit eingeschlafene Balkan-Bündnis, mit Jugoslawien, aber diesmal ohne Türkei auf eine breitere Basis stellen. Was jetzt kommt, dürfte schwieriger sein als die Konferenz selbst. Man wird den Eindruck nicht los, als habe sich Dulles den Weg für andere Lösungen offen gehalten, wie sie etwa darin bestehen könnten, mit der Sowjetunion zumindest eine teilweise Beruhigung des Hexenkessels im Vorderen Orient zu versuchen.

Minister Stücklens Pläne

H.B. Der interviewfreudige Bundespostminister Stücklen hat sich in einem Bonner Mittelstandsdienst zu Äusserungen hinreissen lassen, mit denen er kaum mehr Lorbeeren ernten wird als bei seinem kürzlichen Rundfunkinterview.

Zum Thema Steuern meinte der Minister, dass nach seiner Ansicht "die Zeit steuerlicher Geschenke oder steuerlicher Vergünstigungen vorbei sei". SowaS klingt allgemal gut. Es ist leider bloss die Einleitung. Das dicke Ende kommt: "Die gesetzgeberischen Arbeiten der Vergangenheit lasteten den Haushalt bereits erheblich aus. Hinzu käme nun eine Fülle neuer Aufgaben, vor allem die Aufrüstung. So würde der Haushalt in den nächsten Jahren in einer Weise angespannt sein, dass für Steuererleichterungen bzw. Steuererzässigungen kaum noch Raum sein werde". Die "Geschenke", mit denen es vorbei ist, das sind also jene Steuererleichterungen für kleine und mittlere Einkommen, die Stücklen insbesondere dem "Mittelstand" versprochen hat, auf dessen Rücken er sich in den Ministersessel schwang. Man muss ihm nur dankbar sein für die offenen Worte, die er nun all denen sagt, welche die Aufrüstungspartei wählen.

Aber so ganz hat das "mittelständische Gewissen im Kabinett Adenauer", wie Stücklen sich selbst nennt, seine Mittelstände doch noch nicht vergessen. "Vielleicht könnten für die Mittelschichten gewisse Erleichterungen durch eine innere Lasterverschiebung geschaffen werden. Im gewerbesteuerlichen Sektor sei vielleicht eine Entlastung dadurch möglich, daß man am Einkommensteueraufkommen auch die Gemeinden partizipieren lasse". Wie dieser innere Lastenausgleich aussehen soll, darüber kein Wort. "Auch Bereinigungen bei der Umsatzsteuer können eventuell auf einigen Gebieten möglich sein. Eine wettbewerbsneutrale Umsatzsteuer zu schaffen, hält Stücklen jedoch für sehr schwierig". Lauter Eventualitäten! Aber gerade das, worauf es ankommt, nämlich eine Umsatzsteuer zu schaffen, die sich auch dem kleineren Betriebe gegenüber "neutral" verhält und ihn (gemäß den Forderungen der SPD) nicht benachteiligt (wie es bisher der Fall ist), gerade das ist "sehr schwierig"!

Das mittelständische Gewissen scheint im Kabinett Adenauer die Faust des großen Kapitals im Nacken schon recht deutlich zu spüren.

Zum Thema Kredite für den Mittelstand meinte der Minister, daß an dem Ertrag aus der Privatisierung des Volkswagenwerks auch der Mittelstand angemessen teilhaben werde. Er ist des Glaubens, man könne mit der Volksaktienzauber restlos alle Fragen lösen. Das wird aber mit der Zeit immer schwieriger werden. Dann, wie es im gleichen Dienst heißt: "Im Laufe der Zeit haben sich aber die Dinge stark gewandelt. Die Aufwärtsentwicklung unseres Außenhandels wird immer stärker durch Restriktionsmaßnahmen der Einfuhrländer behindert. Andererseits kommen die bekannten großen Lasten auf uns zu. Um diesen gewachsen zu sein, fordern die Erstverantwortlichen bereits Opfer. Man darf sich deshalb über unser entschiedenes "Nein" gegenüber allen unangemessenen und ungerechtfertigten Forderungen nicht mehr wundern, es ist ein "Nein", das vor allen vom Kanzler gesprochen wird, als logische Folgerung aus unserer gegenwärtigen angespannten wirtschaftlichen und finanziellen Situation, woran sich vorerst wohl nichts ändern, es sei denn verschlimmern wird."

Stücklen wird das Seine dazu tun: "Der Minister überlegt zur Zeit, ob er um die Erhöhung des Portos für Fernbriefe herkommt ... Dagegen dürfte das Briefporto im Ortsverkehr dem im Fernverkehr angeglichen werden. Eine Erhöhung des Drucksachenportos darf als sicher angenommen werden, vermutlich zum 1. April. Vielleicht kommt auch noch eine erhöhte Grundgebühr für Telefon-Neuanschlüsse. Eine solche Maßnahme würde sich vor allem gegen "Tante Klara" richten, wie die Post das sonst gängigere "Lieschen Müller zu nennen scheint, gegen Tante Klara, die unbedingt Telefon haben muß, wobei die Post ein solcher Anschluß nach Aussagen des Bundespostministers dreitausend Mark kostet." Sie müßten unbedingt ein Telefon haben, um am Wirtschaftswunder teilzunehmen. Das haben sich so mancher Kleingewerbetreibende und so manche Handelsfrau eingebildet. Es spottet sich gut über sie aus dem Kabinettsfauteuil heraus.

\* \* \*

#### Der kleine Mann soll es bezahlen....

Heute muß es jedem klar sein: Diese Regierung geht den Weg zur atomaren Aufrüstung.... Konsequenz stellt auch die Bundesregierung ihre Finanzpolitik auf diese Politik der militärischen Stärke ein. Die Rüstungsausgaben steigen in phantastische Höhen. 10 Milliarden sind es heute, im nächsten Jahr werden es 15, im übernächsten 18 Milliarden sein. Aber man macht sich die Lösung einfach: Die Kosten werden durch die Streichung der Subventionen auf die breiten Massen umgelegt, Die Folge davon: Eine PreiSteigerung setzt ein, deren letzte Auswirkungen niemand vorhersagen kann. Ich nenne nur Kohle, Mehl, Brot, Zucker, Eisenbahntarife, Postgebühren usw. Der kleine Mann soll es bezahlen.

Waldemar von Knoeringen im Bayerischen  
Rundfunk. -6-

\* \* \*

### Das Düsseldorfer Beispiel

sp- Unsere Zeit der Kunstpreise hat in den letzten Jahren schon manche geplagte Jury in Verlegenheit gebracht. Es ist nachgerade eine "Kunst" geworden, die rechten Künstler für einen Preis vorzuschlagen und möglichst Berechtigte, aber auch möglichst noch nicht mehrmals in den letzten Monaten Ausgezeichnete. Mitten in das lebhafteste Für und Wider öffentlicher Kunstförderung und in die Diskussion über mögliche Hilfen für begabte junge Künstler hat jetzt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen durch eine beispielhafte Tat eingegriffen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Steinhoff verlieh am Donnerstag zum ersten Mal einen Förderpreis an zehn junge Künstler und kündigte an, dass nun alljährlich neben dem "Grossen Kunstpreis" Nordrhein-Westfalens auch besondere Begabungen der jungen Generation durch Prämien von je 2 000 bis 3 000 DM ausgezeichnet werden sollen.

Schon in der Regierungserklärung vom 29. Februar 1956 hatte sich der Ministerpräsident für eine Förderung insbesondere des geistigen und kulturellen Schaffens und darunter auch für die öffentliche Anerkennung hervorragender Leistungen technisch und künstlerisch begabter Nachwuchskräfte ausgesprochen. In den letzten beiden Jahren stellte die nordrhein-westfälische Landesregierung erhebliche Mittel für die Wissenschaft und Forschung bereit und war gleichzeitig um die Verbesserung der ideellen und materiellen Lebens- und Schaffensbedingungen der Künstler bemüht. So kam das klare "Ja" aus Düsseldorf zu den Verpflichtungen des Staates gegenüber der Kunst nicht unerwartet. Das private Mäzenatentum gehört der Vergangenheit an, die Kunst ist längst ein öffentliches Anliegen der modernen Gesellschaft.

Die Bedeutung des hier zum ersten Male verliehenen Förderpreises an junge Künstler liegt vor allem darin, dass sich der Staat nicht allein verpflichtet fühlt, grosse, gereifte Künstler zu ehren, sondern auch junge, oft mit schweren materiellen Sorgen ringende Künstler zu fördern. "Sie können und sollen diese Chance selbstverständlich ganz nach ihrem freien Ermessen nutzen", sagte Steinhoff. Es wäre in vielerlei Hinsicht eine Chance. Es war ein Hinlenken der Öffentlichkeit auf die junge Künstler-Generation.

Film, Funk, Fernsehen, Presse und Bildberichter waren zugegen, als der Maler Gerhard Hoeme, der Bildhauer Theo Heiermann, der Schriftsteller Hans-Dieter Schwarze, der Komponist Alexander Meyer von Bremen, die Pianisten Alfons und Aloys Kontarsky, der Opernsänger Eduardo Wollitz, die Tänzerin Wera Peterson und der Architekt Norbert Spielmann im Schloss Jägerhof ihren Preis aus der Hand des Ministerpräsidenten empfingen. "Es ist

ein Preis, der an keinerlei Verpflichtungen und Klauseln gebunden ist, ein wahrhaft demokratischer Preis, ein Preis in Freiheit", sagte Hans-Dieter Schwarze als der Sprecher der jungen Künstler. "Aber nichts verpflichtet uns mehr, als die Freiheit". - Düsseldorf gab ein Beispiel, das Schule machen sollte.

+ + +

#### Antwort an "Gazette de Lausanne"

So- Das Wort von den schrecklichen Vereinfachern, die über uns kommen werden, stammt von einem Schweizer Geschichtsdenker, der seine Prophezeiung zwar nicht auf seine Landsleute münzte, diese aber auch nicht ausbrüchlich von ihr ausnahm. Womit er Glück hatte, denn die Tatsachen hätten ihn ins Unrecht gesetzt. Dafür hätte die bisher hochangesehene "Gazette de Lausanne" gesorgt, welche am 31. Januar Bundeskanzler Adenauer als "einen der grössten Staatsmänner der heutigen Zeit" bezeichnet, was allerdings noch nicht schrecklich, sondern vielleicht nur einfältig ist.

Nun stellt die Gazette keineswegs eine blosser Behauptung in den Raum, sondern begründet sie auch, und zwar wie Schopenhauer gleich auf vierfache Weise. Erstens: "Es würde ihm leicht gewesen sein, auf Kosten der Besatzungsmächte zu einem politischen Erfolg zu kommen". Na, na! - Zweitens: "Er hätte ebenso der Versuchung anheimfallen können, ständig die ehemaligen Sieger gegeneinander auszuspielen..." - aber dann wäre er bestimmt nicht von der Gazette unter die grösseren Staatsmänner aufgenommen worden. Drittens: "... die Schwäche Frankreichs auszunützen ...", was der Gazette vielleicht doch als allzu leicht erscheint, da Frankreich eine der Besatzungsmächte war, und schliesslich viertens: "... sich gegenüber dem Westen der russischen Karte zu bedienen". Alles ganz einfach! Das Schreckliche ist nur, dass die derart begründete Grösse dazu herhalten muss, andere Leute umso kleiner zu machen: "Die Auseinandersetzung Dehler-Heinemann-Adenauer ist nicht einer der häufigen üblichen Streitfälle zwischen Deutschen. Diejenigen, die so sehr von einem anti-Adenauer-Komplex besessen sind, dass sie selbst das Nichtbestreitbare bestreiten wollen, richten noch grösseren Schaden an, als selbst die Kommunisten. Die Kommunisten spielen wenigstens ein Spiel, das ihren eigenen Interessen entspricht, die anderen aber sind blindwütig und naiv oder was noch schlechter ist, krypto-kommunistisch".

Der Unmensch sagt: Und willst Du nicht mein Bruder sein - so scalag ich Dir den Schädel ein. Die "Gazette de Lausanne" sagt: Wer nicht für ihn ist, ist ein Krypto-Kommunist oder hat gar einen anti-Adenauer-Komplex. Dass es hier um Wahrheitsfindung geht, scheint dieses Schweizer Blatt nicht begreifen zu wollen.

+ + +

Verantwortlich: E. V. Albert Exler